

Der von der Bundesregierung Brandt beschlossene Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau“ sieht außerdem vor, daß öffentliche Baudarlehen zur Vor- oder Zwischenfinanzierung von Eigenleistungen eingesetzt werden können. Dies soll auch für Kaufeigentumswohnungen gelten, um das Angebot zu verstärken.

Die SPD-Fraktion hat bereits in der Wohnungsbaudebatte am 27. 9. 1972 bekanntgegeben, daß sie eine solche Förderung auf unversorgte Familien ausdehnen will, denen bisher wegen ihres etwas höheren Einkommens nicht geholfen werden konnte.

Leider blieb bisher ein ausreichendes Angebot an preisgünstigen Eigentumswohnungen aus, die durch Mietkauf oder durch zinsgünstiges Nachsparen erworben werden können. Die SPD-Fraktion wird sich nicht entmutigen lassen. Sie überläßt die Entscheidung dem Bürger, welche Eigentumsform seiner Wohnung er haben will. Die Förderung des Landes soll ihn nicht reglementieren.

F.D.P.: Eine vorrangige Aufgabe in der kommenden Legislaturperiode

„Wohnungseigentum schafft Freiheitsraum. Es gewährleistet persönliche Unabhängigkeit und wirtschaftliche Sicherheit.“ Diese politische Zielsetzung ihres Freiburger Programms will die F.D.P. durch das Mietkaufsystem verwirklichen.

Die vorzeitige Auflösung des Bundestages verhinderte leider die parlamentarische Beratung des von der Bundesregierung gebilligten Gesetzentwurfs zur „Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau“, der maßgeblich von den F.D.P.-Vorstellungen bestimmt wurde. Dieser Entwurf sieht auch für jene Bürger den Erwerb von Wohnungseigentum vor, die nicht über die notwendigen Eigenmittel verfügen oder sie ansparen können.

Die Förderung im sozialen Wohnungsbau muß verstärkt für Eigentumsmaßnahmen eingesetzt werden. Das Verhältnis der Förderungsmaßnahmen von ein Drittel auf Einzeleigentum zu zwei Drittel auf Mietwohnungen muß in das Verhältnis 50:50 umgewandelt werden. Das von der F.D.P. entwickelte Mietkaufmodell dient der Verwirklichung dieser Forderung ebenso wie der vorgesehene Wohnbesitzbrief, der ein Dauerwohnrecht gewähren soll.

Diesen Schritt zu vollziehen bedeutet, daß die Vermögensbildung mit staatlicher Hilfe nicht mehr wie bisher bei den Wohnungsbaugesellschaften und den Wohnungsbauunternehmen erfolgt, sondern in verstärktem Maße bei den Mietkäufern selbst. Mit dem Mietkaufsystem wird eine liberale Vermögensbildungspolitik beabsichtigt, die auf eine gleichmäßigere Vermögensverteilung, und zwar nicht durch Enteignung bestehenden Eigentums, sondern durch die ständige Beteiligung von immer mehr Bürgern am neu gewonnenen Produktivkapital zielt.

Porträt der Woche



Hans Joachim Bargmann (SPD)
Vorsitzender des Kulturausschusses
* 31. 8. 1928 † 21. 10. 1972

Es war ein normales Wochenende. Auf den Landstraßen und Autobahnen in Nordrhein-Westfalen ereigneten sich 503 Unfälle, bei denen 22 Menschen den Tod fanden und 707 verletzt wurden. So meldete es die Verkehrsabteilung des Innenministeriums routinemäßig am Montag. Zahlen, an die man sich seit langem gewöhnt hat, Fernsehbilder von trümmerübersäten Unfallstellen, die der Betrachter der Nachrichtensendungen gleich wieder vergißt.

An diesem Wochenende war es anders. Denn einer jener 22 Verkehrstoten des vergangenen Wochenendes war Jochen Bargmann, Landtagsabgeordneter der SPD und Vorsitzender des Kulturausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags, Beigeordneter für Hochschule, Schulen und Sport der Stadt Essen.

Er starb, erst 44 Jahre alt, als Beifahrer in seinem eigenen Wagen, der nach einem Überholmanöver auf der Autobahn ins Schleudern kam, über die Leitplanken raste und auf der Gegenfahrbahn frontal mit einem anderen Fahrzeug zusammenprallte. Mit ihm starben drei seiner Mitarbeiter aus dem Hochschulamt Essen und die drei Insassen des entgegenkommenden Wagens. Dieser Unfall entriß nicht nur einer Mutter den Sohn, einer Frau den Ehemann und zwei schulpflichtigen Jungen den Vater, er riß eine Lücke in die gesamte kulturpolitische Szene dieses Landes.

Jochen Bargmann, der Studienrat, der neben klassischer Philologie auch evangelische Theologie, Soziologie, Politologie und öffentliches Recht studiert und entscheidende Impulse von Wolfgang Abendroth in Marburg erhalten hatte, war stets bestrebt, seine theoretischen Erkenntnisse selbst auf ihre praktische politische Durchsetzbarkeit zu überprüfen.

Chancengleichheit im Bildungswesen war für ihn nicht nur eines jener verbalen „Anliegen“, er verwirklichte sie dort, wo es in seiner Macht stand: In dem Gym-

nasium in Wattenscheid, das er von 1964 bis 1970 als Oberstudiendirektor leitete, erreichte er einen Anteil von 35 Prozent Arbeitersöhnen an den Abiturienten, was fast dem Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung gleichkam. Im Landesdurchschnitt sind es ganze zwölf Prozent.

Während er sich im Landtag maßgeblich an der Erarbeitung des Gesamthochschulerrichtungsgesetzes beteiligte, leitete er die Gründung einer Gesamthochschule in Essen ein, wobei er in praktischer Anwendung seiner Ideale von der Demokratisierung des Bildungswesens die Bevölkerung durch umfangreiche Anhörungen aktiv an der Standortbestimmung beteiligte.

Schon 1965 schuf er einen Schulentwicklungsplan für Wattenscheid; sein Schulentwicklungsplan für Essen ging erst vor wenigen Wochen als Musterbeispiel für zukunftsweisende und dabei konkret finanzierbare Planung durch die gesamte deutsche Presse.

Bargmanns leidenschaftliches Eintreten für sozialdemokratische Bildungspolitik brachte ihm viele Gegner ein, seine persönliche Liebenswürdigkeit und Kompromißbereitschaft sorgten aber dafür, daß daraus niemals Feinde wurden. Die tiefe Betroffenheit auch derer, die seine Ansichten nicht teilten, über seinen plötzlichen Tod ist noch nachträglich ein Beweis dafür.

Marianne Lohaus